

Alle diese Maßnahmen bauen auf die Festigkeit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf. Zu ihrem Schutz gegen die verbrecherischen Anschläge der Feinde unseres Staates, gegen die Agenten der NATO sowie gegen andere Verbrecher werden unsere Gesetze in der ganzen Härte ihre Anwendung finden. Wir sind verpflichtet, die festen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung allseitig zu schützen.

Es kann festgestellt werden, daß in der Tätigkeit der Organe der Rechtspflege während der Diskussion das verstärkte Bemühen sichtbar wurde, die gesamte bisherige Arbeit kritisch zu überprüfen und entsprechend den neuen Aufgaben, wie sie im Erlaßentwurf dargelegt werden, zu entwickeln. Viele Gerichte, Staatsanwaltschaften und Untersuchungsorgane bemühen sich erfolgreich, die isolierte Bekämpfung von Rechtsverletzungen, besonders von Verbrechen und Vergehen, zu überwinden, indem unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte verstärkt die Ursachen der Rechtsverletzungen aufgedeckt werden und die Bevölkerung zu ihrer Überwindung mobilisiert wird. Immer besser erkennen die Gerichte, daß ihre Entscheidungen bei der Ahndung von Rechtsverletzungen nur dann eine gesellschaftliche Wirksamkeit haben können, wenn die Bevölkerung sie als notwendig erkennt und so die sozialistische Gesetzlichkeit, die gesellschaftliche Disziplin und die Achtung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens im Bewußtsein der Menschen tiefer verankert werden. Es bestehen viele Ansätze in der Tätigkeit der Organe der Rechtspflege, die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit eng mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verbinden.

So erhielt z. B. der Kreisstaatsanwalt in Belzig davon Kenntnis, daß der ehemalige Vorsitzende der LPG Niederwerbig durch zum Teil dreimaligen Abschluß von Rinderaufzucht- und Mastverträgen auf dieselben Tiere unrechtmäßig größere Mengen an Futtermitteln vom volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieb erhielt. Auf Grund dieses Hinweises stellte der Kreisstaatsanwalt gemeinsam mit dem Untersuchungsorgan einen genauen Untersuchungsplan auf. Dabei wurde besonderes Augenmerk auf die Aufklärung der verbrechensbegünstigenden Umstände gelegt. Zur Aufklärung der zum Teil komplizierten Fachfragen zog der Kreisstaatsanwalt auch Vertreter der Deutschen Bauernbank und des Erfassungs- und Aufkaufbetriebes in die Untersuchungen ein. Der Kreisstaatsanwalt führte selbst Vernehmungen des Beschuldigten im Beisein eines Angehörigen des Untersuchungsorgans durch und gab auch so dem Untersuchungsorgan konkrete Hinweise für die Durchführung der Ermittlungen. Bereits während des Ermittlungsverfahrens leiteten die örtlichen Staatsorgane Maßnahmen zur Verhinderung ähnlicher Straftaten und zur verstärkten Unterstützung dieser LPG durch die staatlichen Organe ein. Die Ergebnisse dieses Verfahrens wurden für die Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit und die Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Arbeit auch in anderen LPG des Kreises ausgewertet.